

Pro NRW erneut auf Stimmenfang

Seit dem Februar 2010 verteilt die Jugendorganisation der extrem rechten Vereinigung *pro NRW*, *Jugend pro NRW*, ein sogenanntes Jugendflugblatt mit dem Titel „Extremismus tötet“ vor Schulen in NRW und löst damit erhebliche Verunsicherung und Verärgerung aus. Die Parteijugend spricht davon, mindestens 200.000 Stück in Umlauf zu bringen. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler aber auch Eltern oder Sozialarbeiter und -pädagogen sehen sich mit der Frage konfrontiert, wie sie auf die Propaganda reagieren sollen. Die *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs)* will mit der vorliegenden Veröffentlichung Informationen zu *pro NRW*, Argumentationshilfen gegen das Flugblatt als auch einige Hinweise für Reaktionen auf mögliche Verteilaktionen vor der Schule geben.

Hintergrund

Die selbsternannte *Bürgerbewegung pro NRW* ist eine extrem rechte Partei, die versucht, mit Vorurteilen gegenüber Menschen mit Zuwanderungshintergrund, insbesondere gegen Muslime, Stimmung zu machen. Mit *pro NRW* soll das Modell *pro Köln* auf ganz Nordrhein-Westfalen ausgedehnt werden. *Pro Köln* wurde von ehemaligen Mitgliedern der rechtsextremen *Deutschen Liga für Volk und Heimat* und der *Republikaner* gegründet. Diese bestimmen auch noch heute maßgeblich Strategie, Inhalte und öffentliches Auftreten der *pro*-Bewegung. Der Schwerpunkt liegt bislang im Rheinland, aber auch im Ruhrgebiet und in anderen Regionen gibt es Orts- und Kreisverbände.

Anfangs kooperierte die Organisation mit Neonazis, heute distanziert man sich verbal davon. Dennoch ist die Partei im rechtsextremen Lager zu verorten. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf stellte mit Urteil vom 4. Dezember 2007 abermals fest, dass in deren Äußerungen Bekundungen enthalten seien, die im Hinblick auf die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot, den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung begründeten. So würden Ausländer beziehungsweise Migranten mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt.

Vor allem mit islamfeindlichen Themen will *pro NRW* in die Mitte der Gesellschaft vordringen und neue Wählerschichten ansprechen. Dabei orientiert man sich an den Vorbildern rechtspopulistischer Parteien in Europa und fordert beispielsweise, angelehnt an die Kampagne in der Schweiz, ein Minarettverbot. Darüber hinaus stehen „innere Sicherheit“ sowie „Klüngel und Korruption“ auf der Agenda. Die rassistische Vereinigung inszeniert sich selbst als eine angeblich demokratische Alternative zu den sogenannten „Altparteien“. Um mit ihren populistisch aufbereiteten Inhalten die öffentliche Diskussion mitzubestimmen, versucht die Vereinigung mit massenhaft verteilten Flugblättern, Plakaten, Bürgerbehren und täglich neuen Beiträgen auf der Internetseite in aggressivem Stil auf sich aufmerksam zu machen.

Bei der Kommunalwahl 2009 zog *pro NRW* in einige Stadträte und Kreistage ein. Nun hat die Partei den Landtag im Visier. Dafür sollen vor allem junge Wählerinnen und Wähler angesprochen werden.

Drastische Bildsprache

Das neue Flugblatt der *Jugend pro NRW* wartet mit einer drastischen Bildsprache auf. Neben der Titelseite mit der Darstellung einer Erhängung zweier Menschen finden sich auf der Rückseite Bilder von (Massen)-exekutionen und aufgetürmten Menschenleichen. Der Zusammenhang zur Landtagswahl Nordrhein-Westfalen erschließt sich auch nicht aus den spärlichen Bildunterschriften. So wird das Foto, auf dem zwei Menschen erhängt werden, als eine „Hinrichtung glaubensabfälliger Muslime in einem islamischen Land“ bezeichnet. Mit keinem Wort wird jedoch erwähnt, dass es sich hier nicht um ein beliebiges islamisches Land, sondern um die Diktatur im Iran handelt. Genauso wenig wird der eigentliche Grund für diese Hinrichtung genannt. Mehrere unabhängige Quellen berichten, dass in diesem Fall zwei Jugendliche Männer wegen des Vorwurfs der Homosexualität und der Unzucht mit Minderjährigen erst zu Peitschenhieben und dann zum Tode verurteilt worden sind¹. Davon abgesehen, dass aus den Reihen der *pro*-Bewegung selbst homophobe Äußerungen getätigt werden und Homosexualität als „Abweichung“ bezeichnet wird², geht es der Partei nicht darum, die Rechte von Schwulen und Lesben im Iran zu stärken oder Kritik an dem diktatorischen Regime zu üben. Vielmehr wird hier perfide Stimmung gegen „islamische Länder“ gemacht. Die polemische Bildunterschrift „Die Religion des Friedens: Demnächst auch in Deiner Nähe“ soll den meist jugendlichen Lesern suggerieren, dass ähnliche Zustände auch bald in NRW vorherrschen könnte – oder überall dort, wo Muslime in Deutschland ihre Religion ausüben.

Kein Zusammenhang zur Situation in NRW

Um herauszufinden, welche Hintergründe die vier Bilder auf der Rückseite des Flyers haben, muss man sich mühsam durch die verschiedenen Internetseiten der *pro*-„Bewegung“ klicken, bis man fündig wird. Es handele sich um Bilder aus „Russland, China, dem dritten Reich und Kambodscha“³

Diese Form der entkontextualisierten Bildmontage relativiert die Einzigartigkeit der Verbrechen der Nationalsozialisten, indem sie in einen Zusammenhang mit anderen Menschheitsverbrechen in anderen Ländern gestellt und zum Zweck der „Extremismusbekämpfung“ in Deutschland instrumentalisiert werden. Hierbei lässt sich ebenso wenig ein Zusammenhang zwischen den dargestellten Massenmorden und der kommenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erkennen. Jedoch positioniert sich *pro NRW* mit der – in Landesfarben gehaltenen – Unterzeile „Wir wählen die Freiheit“ fernab jeglicher „Extremismen“. Bewusst ignoriert bzw. geleugnet werden die Kontakte zu italienischen Faschisten und die Zusammenarbeit mit anderen rassistischen, antisemitischen und ultranationalistischen Organisationen oder die Herkunft etlicher Funktionäre aus rechtsextremen Parteien.

Keine Interessen Jugendlicher angesprochen

Das Flugblatt listet eine Fülle an Forderungen und Schlagwörtern auf. Von Belanglosigkeiten wie „In NRW muss aufgeräumt werden“ über „stärkere Bekämpfung von Drogenhandel und Konsum“ bis hin zu rassistischen Parolen wie „Das Boot ist voll“. Weitere Ausführungen wer-

¹ Vgl. bspw. Jens Todt: Iran inszeniert Hinrichtung Jugendlicher als Spektakel; <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,366338,00.html>

² Arbeitskreis Christen pro Köln: Es ist wieder CSD-Zeit!; <http://www.christen-pro-koeln.de/archiv.htm>

³ Fehler im Original („drittes Reich“). Das Bild links unten zeigt den KZ-Arzt Fritz Klein in einem Massengrab im Konzentrationslager Bergen-Belsen nach dessen Befreiung im April 1945.

den nicht gegeben. Durch platte Parolen sollen auch keine sachorientierten Vorschläge unterbreitet, sondern vielmehr Assoziationsketten in Gang gesetzt werden, die für komplexe Problemlagen einfache Lösungen bereit halten.

Bemerkenswert ist zudem, dass bis auf die Forderung „Keine Kopftücher an unseren Schulen und Universitäten“ und „Separate Klassen für assimilationsunwillige Ausländer“ keine jugendspezifischen Themen angesprochen und die Interessen von Schülern und Schülerinnen nicht thematisiert werden.

Gleichsetzung von Islam und Islamismus

Die Bilder von der Hinrichtung auf der Vorderseite und der bewusst hergestellte Zusammenhang zum Islam passen genau in die bisherige Strategie von *pro NRW*. Diese zielt darauf ab, die Unterschiede zwischen dem Islam und dem Islamismus zu verschleiern um zu suggerieren, dass letztlich jeder Muslim gewalttätig sei. Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, dass nur ein verschwindend geringer Teil der in Deutschland lebenden Muslime dem Spektrum des Islamismus zuzuordnen ist.⁴

Es geht *pro NRW* nicht um eine sachliche und kritische Diskussion der Gestaltung des Zusammenlebens in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, sondern um Pauschalisierung und Stigmatisierung. Das Verbot von Minaretten, Muezzinen, Kopftüchern und das Agitieren gegen den EU-Beitritt der Türkei werden als ebenso notwendig dargestellt, wie die Bekämpfung von Zwangsheirat, Ehrenmorden und Todesstrafe. Schlagwortartig und völlig ohne Hintergrundinformationen wird so die gesamte muslimische Gemeinschaft als unterschiedsloses Kollektiv im Kampf gegen die Demokratie dargestellt, ungeachtet der Heterogenität dieser Gruppe. Ebenso wird verschwiegen, dass es innerhalb der muslimischen Communities zahlreiche Ansätze gibt, sich mit den demokratiefeindlichen und antiemanzipatorischen Tendenzen auseinanderzusetzen. Für *pro NRW* reicht es, „den Muslim“ als Feindbild auszumachen und „den Islam“ als Zeichen einer angeblichen „Überfremdung“ zu verorten.

Law & Order

Die Forderung nach härteren Strafen und „Null Toleranz“ ist nicht erst seit dem Wahlkampf der Hamburger *Schill-Partei* ein beliebtes Instrument rechtspopulistischer Organisationen. Die vermeintliche Lösung für Kriminalität lautet hier einfach: Wegsperrern. Obwohl in demokratischen Rechtssystemen Strafen unter anderem erzieherischen Charakter haben sollen, werden von *pro NRW* keine Vorschläge für den Bereich der Resozialisierung gemacht, genauso wenig wie Ansätze zur präventiven Kriminalitätsverhütung zu erkennen sind. Völlig undifferenziert wird harte Verfolgung jeglicher Kriminalität gefordert, ungeachtet der Tat, ihrer Hintergründe oder der des Täters und der besonderen Anforderungen bspw. im Jugendstrafrecht. Zudem werden Forderungen erhoben, die sowieso bereits Realität der deutschen Rechtsprechung sind. Dazu zählt die sogenannte nachträgliche Sicherheitsverwahrung, die inzwischen auch bei nach Jugendstrafrecht Verurteilten möglich ist.

Auf der anderen Seite lädt *pro NRW* verurteilte Straftäter zu Veranstaltungen ein. So trat beim „Anti-Islamisierungskongress“ 2008 Mario Borghezio von der rassistischen und separatistischen *Lega Nord* auf. Borghezio wurde 1993 wegen Nötigung eines marokkanischen

⁴ In Deutschland leben zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime, davon sind laut Verfassungsschutz unter 35.000 Personen (weniger als 1%) dem islamistischen Milieu zugehörig. Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_islamismus/zahlen_und_fakten_islamismus/zafais_1_islamistisches_personenpotenzial.html

Kindes verurteilt. Im Jahr 2005 wurde er erneut verurteilt, weil er Zelte von Flüchtlingen angezündet hatte. In keiner Zeile distanzierte sich *pro NRW* von diesen Vergehen oder forderte gar härtere Strafen für Borghezio.

Auch die eigenen Funktionäre geraten mitunter mit dem Gesetz in Konflikt. Das Ratsmitglied Jörg Uckermann (ehemals CDU) hatte im Jahr 2009 ein Gerichtsverfahren gegen einen Leerkusener Betriebsrat verloren und die vom Gericht verhängte Verpflichtung zur Übernahme von dessen Anwaltskosten nicht erfüllt. Der Obergerichtsvollzieher beim Amtsgericht Köln teilte daraufhin mit, dass er seine Sonderakte dem zuständigen Richter „zwecks Erlass eines Haftbefehls“ vorgelegt habe.⁵ Würde das deutsche Gerichtswesen nach dem von Uckermann und seinen Parteikollegen geforderten „Null Toleranz“-Prinzip arbeiten, wäre dieser Vorgang möglicherweise schon abgeschlossen.

Populistische Metaphern: Das Boot ist voll – Illegale abschieben

Die Flut- oder Bootsmetapher wurde insbesondere Anfang der 1990er-Jahre von rechtsextremen Parteien zur Bebilderung eines Bedrohungsszenarios genutzt. Das „Schiff“, das gleichzeitig auch als unser „Dorf“, unsere „Stadt“ oder unser „Land“ gelesen werden kann, wird bedrängt und steht in Gefahr, überflutet zu werden. Diese Symbolik schreit geradezu nach einer bestimmten Verhaltensweise, die da lautet: Schotten dicht. Ein solcher Ruf nach sofortigem Handeln lässt eine differenzierte Betrachtungsweise kaum mehr zu.

Schätzungen des Statistischen Bundesamtes gehen unter Einberechnung von Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderungssaldo (Zu- und Abwanderung) von einem Absinken der Bevölkerung in Deutschland auf 65 – 70 Millionen Menschen im Jahr 2060 aus. Von einem vollen Boot kann also rein rechnerisch nicht die Rede sein. 2009 ist die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 0,5% gesunken, den stärksten Rückgang gab es bei der türkischen Bevölkerung.⁶ Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist von 167.000 im Jahr 1995 auf 33.000 im Jahr 2009 gesunken. Die Anerkennungsquote der letzten Jahre lag zwischen 0,8% (2006) und 1,6% (2009).⁷

Es gibt kaum belastbare Zahlen für irreguläre Migranten und Migrantinnen (sogenannte Illegale). Diese Zuwanderer treffen auf eine hohe Nachfrage: Sie finden Beschäftigung insbesondere in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Gaststättenwesen sowie in privaten Haushalten. Nicht wenige „Deutsche“ profitieren davon.

Auf der anderen Seite haben Menschen ohne Papiere keinen Anspruch auf Unterstützung, sehen sich also vielfältigen Problemen im Bereich des Wohnens (überhöhte Mietforderungen), der Gesundheit (fehlende medizinische Hilfe etc.) und der Erziehung und Bildung (keine Schulbesuche etc.) ausgesetzt.⁸ Populistische Forderungen nach Abschiebung von „Illegalen“ lösen keine Probleme, sondern dienen lediglich der Inszenierung als eine Partei, die „hart durchgreifen“ will.

⁵ Peter Kleinert: Muss Jörg Uckermann in den Knast?; <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14865>

⁶ Aktuelle Zahlen des Bundesamtes für Statistik unter: www.destatis.de

⁷ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl vom 04.03.2010; http://www.bamf.de/clin_180/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Downloads/Statistik/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.html

⁸ Vgl. dazu beispielsweise: Michael Bommes/Maren Wilmes: Menschen ohne Papiere in Köln. Eine Studie zur Lebenssituation irregulärer Migranten, durchgeführt vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück im Auftrag des Rates der Stadt Köln, Osnabrück 2007

Gegen Integration

Die Forderung nach separaten Klassen für „Assimilationsunwillige“ ignoriert völlig die Erkenntnisse, die aus den Pisa-Studien hervorgehen: In Deutschland ist die soziale Herkunft über den Schulerfolg eines Kindes ganz besonders entscheidend. Das gilt auch und vor allem für Migrantenkinder, obwohl die meisten hier geboren sind. Sie haben inländische Institutionen vom Kindergarten bis zur Sekundarschule durchlaufen – trotzdem sind sie die Verlierer im deutschen Schulsystem. Die Selektionsleistung, die Schule zu erbringen hat, verlagert sich immer mehr auf die Grundschule als Dreh- und Angelpunkt für die Vergabe von Bildungschancen. Die Forderung nach Separierung von Klassen erinnert an Apartheidsregime und hat mit einer modernen Einwanderungsgesellschaft, die auf gerechte Verteilung von Chancengleichheit ausgerichtet ist, nicht das Geringste zu tun. Integration wird damit konterkariert, sie ist von *pro NRW* aber auch nicht erwünscht.

Der Begriff „Assimilation“ bedeutet Anpassung bis hin zum Aufgehen in einer neuen Umgebung, also dass etwa die Verhaltensweisen der Aufnahmegruppe übernommen werden. Dahinter steht die Vorstellung von Kultur als einem monolithischen Block – eine Vorstellung die weder auf „die Deutschen“, noch auf „die Zuwanderer“ zutrifft. Was Assimilation überhaupt bedeuten soll, wird bewusst offen gelassen. Es geht darum, vermeintliche Unterschiede zwischen zwei „Wir-Gruppen“ („Wir Deutschen“ – „die Ausländer“) hervorzuheben. In dem Begriff „assimilationsunwillig“ schwingt mit, dass Probleme wie Integrations- und Bildungsdefizite oder Gewalt verallgemeinernd einer ganzen Gruppe von Schülern mit Migrationshintergrund anzulasten sei. Vielfalt wird von *pro NRW* nicht als Chance, sondern als Gefahr begriffen.

Keine Distanz

Pro NRW distanziert sich in dem Flugblatt von „rechtsextremen“ Gruppen und behauptet, gegen „roten, grünen und braunen Sozialismus“ einzutreten. Die Mitte sieht die Organisation dort, wo sie selbst steht. Dabei sind die Kontakte zu extremen Rechten offensichtlich. So kursierte im Vorfeld der letzten Kommunalwahl ein Foto, auf dem der Radevormwalder Tobias R. vor einer Reichskriegsflagge und einer Fahne mit dem Keltenkreuz zu sehen war. Das Bundesverfassungsgericht hat das öffentliche Zeigen des Keltenkreuzes in dieser Form mittlerweile unter Strafe gestellt, da es in der nazistischen Szene als Symbol für die Überlegenheit der „weißen Rasse“ gilt.

Der Solinger Landtagskandidat und Kreisvorsitzender für *pro NRW*, Tobias Nass, gibt sich in seinem Profil im sozialen Netzwerk „Studi-VZ“ ähnlich offen. Das ehemalige NPD-Mitglied zeigt sich auf Fotos in Thor Steinar-Kleidung, einer bei Neonazis außerordentlich beliebten Marke, sowie mit Führungskadern der *AG Rheinland*, der „Dachorganisation“ der neonazistischen „Autonomen Nationalisten“ im Rheinland. Ebenfalls findet sich ein Foto, auf dem sich Nass mit einem Hitlerbärtchen versehen selbst ablichtet und dies im Internet präsentiert. Die *pro NRW*-Schatzmeisterin Judith Wolter behauptete in einem Interview mit dem WDR über die Kontakte ihres neuen Finanziers Patrik Brinkmann zu NPD und DVU, dass diese für sie kein Problem darstellten.⁹

⁹ <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2010/0225/pronrw.php5>

Gegenstrategien

Auch bei vorangegangenen Wahlen wurden bereits Flugblätter von *pro Köln* und *pro NRW* an Schulen in Köln und dem Rheinland verteilt. So gut wie immer liefen diese Aktionen nach demselben Schema ab. Einige Personen postierten sich vor dem Schultor, um den eintreffenden Schülerinnen und Schülern (darunter auch Kindern in der Unterstufe) ihre Wahlpropaganda in die Hand zu drücken. Im Nachgang wurden diese Aktionen meist zu einem „großen Erfolg“ zurechtgelogen. Bei allzu eindeutigen Pleiten wählt *pro NRW* jedoch eine andere Strategie. Die Positionierung von Schülerinnen und Schülern gegen Rechtsextremismus wird als Zeichen für deren „freiheitsfeindliche Indoktrination durch ‚Alt-68er Lehrer‘“ gewertet. Die Selbstinszenierung als Opfer einer vermeintlich undemokratischen Gesellschaft ist dabei völlig losgelöst von den tatsächlichen Geschehnissen und gehört zum Standardrepertoire der Rechtspopulisten.

Falsch wäre es, aus Sorge um nachträgliche Hetzkampagnen von *pro NRW* das Problem zu ignorieren. Um nicht von einer solchen Verteilungsaktion überrascht zu werden, ist es aber wichtig, sich im Vorfeld in der Schule Gedanken über mögliche Reaktionen zu machen.

▪ Deutliche aber unaufgeregte Zeichen setzen

Dies kann ein vorbereitetes und schnell angebrachtes Transparent sein, durch die Verteilung eines ebenfalls im Vorfeld erstellten Aufklärungsflugblattes geschehen oder über die Möglichkeit zur Entsorgung der Flugblätter noch vor dem Schulgelände. Einige Schulen haben hierfür eine „Braune Tonne“ angeschafft oder einen „Notfallkoffer gegen rechtsextreme Propaganda“ erstellt.¹⁰ Eskalationen sollten vermieden werden. Wichtig ist: Das Material ist das Eigentum des Verteilenden, solange er es nicht übergeben hat. Danach kann der „neue“ Eigentümer damit machen, was er will. Ein anderes Vorgehen kann eine Anzeige wegen Sachbeschädigung oder Diebstahl nach sich ziehen. Auch der Aufruf „im Falle des Falles“ so vorzugehen, kann als Aufforderung zu einer Straftat gewertet werden.

▪ Über Hintergründe aufklären

Die Auseinandersetzung mit den Parolen von *pro NRW* muss über das pauschale (und richtige) Verurteilen von Neonazismus und Rechtsextremismus hinausgehen, um der Opferstilisierung der Partei entgegenzuwirken. Eine Auseinandersetzung mit ihren Themen und der rassistischen Aufbereitung dieser Inhalte ist nötig, um deutlich zu machen, WIE-SO man keine Propaganda dieser Organisation an der Schule duldet. Dies kann im Unterricht oder in Form eines Projekttages geschehen. Sachkundige Referenten kann die Info- und Bildungsstelle vermitteln.

▪ Materialien sichern

Initiativen und Einrichtungen, die gegen Rechtsextremismus und Rassismus arbeiten, sind dankbar, wenn Verteilaktionen an sie gemeldet werden. Auch dokumentieren und archivieren Einrichtungen wie die *ibs* das verteilte Material. Daher ist es hilfreich, einige Belegexemplare zu sichern und im Zweifelsfall weiterzugeben.

¹⁰ Ein Beispiel findet sich hier: www.netz-gegen-nazis.de/artikel/notfallkoffer-gegen-neonazis

▪ **Hausrecht durchsetzen**

Das Verteilen von Parteienwerbung auf dem Schulgelände ist untersagt. Die Schulleitung kann dort ihr Hausrecht in Anspruch nehmen. Vor dem Schultor oder auf dem Weg dorthin gibt es das nicht. Sollten strafbare Inhalte (in Wort oder Schrift) verbreitet werden, macht es Sinn, die Polizei zu rufen, um Anzeige zu erstatten.

▪ **Keine Plattform bieten**

Bei Podiumsdiskussionen im Vorfeld von Wahlen oder zu anderen Gelegenheiten sollten weder Mitglieder von *pro NRW*, noch von anderen extrem rechten Parteien oder Organisationen Rederecht erhalten oder eingeladen werden. Dies mag auf den ersten Blick undemokratisch erscheinen. Wichtig ist es, darauf zu verweisen, dass sich diese Gruppierungen mit ihrer Programmatik selbst außerhalb des demokratischen Spektrums stellen. Wer gesellschaftlichen Gruppen das Recht auf gleiche Teilhabe verwehren will, kann für sich selbst keine Gleichberechtigung einfordern. Einladungen zu Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen werden von Rechtsextremen ausschließlich zur Selbstinszenierung genutzt. Erfahrungen zeigen, dass trotz intensiver Vorbereitung eine sachorientierte Diskussion nicht möglich ist – selbst wenn man sich argumentativ gewappnet fühlt. Die extreme Rechte nutzt die Berichterstattung über Veranstaltungen, an denen sie sich beteiligt hat, dazu, die Ausrichter (z.B. die Schule) als diejenigen darzustellen, die sich für ihre Inhalte offen gezeigt haben.

Schulen sind im Übrigen nicht verpflichtet, bei Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld von Wahlen, Bewerber und Bewerberinnen aller Parteien einzuladen. In einer Mitteilung des Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es dazu: „Schulen können auch zu Podiumsdiskussionen einladen, um einer interessierten Schülerschaft die Argumente verschiedener Parteienvertreter zu bestimmten politischen Themen vorzustellen. Es dürfen allerdings nicht nur Vertreter einer Partei oder der beiden großen Parteien eingeladen werden.“¹¹

▪ **Überlegter Umgang mit Vorwürfen**

Nach einer eindeutigen Positionierung von Schulen gegen die Verteilung solcher Materialien hat *pro NRW* immer wieder öffentliche Vorwürfe gegen die Schule oder beteiligte Personen erhoben. Dabei ging es den Verfassern der – ausschließlich online veröffentlichten – Artikel vor allem darum, die Ablehnung ihrer Aktionen als „undemokratisch“ zu brandmarken. Im Regelfall verschwinden diese Artikel relativ schnell in den Weiten des Internets, der Rechtsweg ist in solchen Fällen nicht immer einfach. Wenn allerdings eine strafrechtlich relevante Aussage getroffen worden ist, sollte natürlich auch Anzeige erstattet werden. Dies birgt allerdings die Gefahr, dass nachträglich der Versuch einer Schmutzkampagne seitens der extremen Rechten unternommen werden könnte. In diesem Fall hilft eine kurze, unaufgeregte Stellungnahme. In keinem Fall sollte man sich auf eine öffentliche Auseinandersetzung einlassen, da dies nur unnötig Aufmerksamkeit auf die Partei lenkt.

¹¹ http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulrecht/FAQ/FAQ_Schule/Politik/Unparteilichkeit.html

Weitere Informationen

Literatur

Braun, Stephan u.a. (Hg.) (2009): Strategien der extremen Rechten, Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden.

Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden.

Kulick, Holger/Staud, Toralf (2009): Das Buch gegen Nazis, Köln.

Langenbacher, Nora/Molthagen, Dietmar (2008): Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie, Berlin.

Molthagen, Dietmar u.a. (Hg.) (2008): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie, Bonn.

Hilfreiche Links

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
www.nsdok.de/ibs

Internetseite der ZEIT zum Thema extreme Rechte und Gegenstrategien
www.netz-gegen-nazis.de

Website der Zeitschrift Stern und der Antonio-Amadeo-Stiftung
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
www.schule-ohne-rassismus.org

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
www.ida-nrw.de

Aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte über die extreme Rechte in NRW
<http://nrwrex.wordpress.com/>

Landeszentrale für politische Bildung NRW
www.politische-bildung.nrw.de

Bundesprogramm kompetent. für demokratie
www.kompetent-fuer-demokratie.de

Impressum

NS-Dokumentationszentrum
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Hans-Peter Killguss und Michael Trube
Appellhofplatz 23 - 25
50667 Köln

Tel.: 0221/221-27963
Fax: 0221/221-25512
ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs